

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

83. Sitzung

Wirtschaftsausschuß

39. Sitzung

am Montag, dem 7. September 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Tagesordnung:	Seite
1. Beratungsstruktur im Finanzausschuß	5
2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Gebäudemanagement Schleswig-Holstein	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1525	
Entwurf einer Satzung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH);	
Entwurf eines Generalpachtvertrages zwischen der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) und er Gebäudemanagement Schleswig-Holstein;	
Entwurf eines Rahmenmietvertrages zwischen der GMSH und dem Land Schleswig-Holstein;	
Entwurf eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der GMSH und der IB	
 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2287	
b) Einrichtung einer Zentralen Beschaffungs- und Servicestelle (ZBS) und Erlaß einer Landesbeschaffungsordnung	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/696	
c) Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/697	
d) Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Landesbauverwaltung in eine private Rechts- und Organisationsform	
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/698	
3. a) Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich	6
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/147	
b) Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1389	

4. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002	7
Drucksache 14/1628	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 14/1590	
• Einzelplan 06	
• Kapitel 1206	
5. a) Bericht der Investitionsbank 1997	11
Drucksache 14/1495	
b) Modernisierungsprogramm der Investitionsbank Schleswig-Holstein für historisch wertvolle Wohngebäude	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Umdruck 14/2070	
6. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert	12
Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 14/1539	
7. Ausführung, Finanzierung und rechtliche Grundlagen von Maßnahmen der Immobilienverwaltungsgesellschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zur Herrichtung von Privatbetten	13
8. Information/Kenntnisnahme	14
9. Einwilligung in die Veräußerung des in Kiel, Kronshagener Weg 130 a, belegenen bebauten Grundstücks	16
Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie	
Drucksache 14/1637	
10. Veräußerung des NordwestLotto Schleswig-Holstein	17
Schreiben des Abg. Stritzl (CDU)	
Umdruck 14/2295	
11. Verschiedenes	18

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Wirtschaftsausschusses um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Beratungsstruktur im Finanzausschuß

hierzu: Umdruck 14/2167

Der Vorsitzende des Finanzausschusses merkt an, er habe in der Vorlage Umdruck 14/2167 sämtliche unerledigten Vorlagen zusammengefaßt und sich dabei bemüht, die einzelnen Themen entweder dem Haushalt in seiner Gesamtheit oder den jeweiligen Einzelplänen zuzuordnen. Dieses Verfahren werde er im Zuge der Haushaltsberatungen kontinuierlich fortsetzen.

Zum weiteren Verfahren teilt er mit, daß er sich mit den finanzpolitischen Sprechern dahin verständigt habe, die Grundzüge und die Eckdaten der Einzelpläne als bekannt vorauszusetzen und auf umfassende Einführungen in die Einzelpläne durch die politische Spitze des jeweiligen Ressorts zu verzichten. Darüber hinaus solle die Beratung der Einzelpläne in der Weise gestrafft werden, daß auf das seitenweise Vorgehen verzichtet werde, so daß sich die Diskussion im Grundsatz von Anfang an auf Themenschwerpunkte konzentrieren könne. Detailfragen könnten und sollten den Ressorts schriftlich zur Beantwortung vorgelegt werden.

Abg. Stritzl erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden, macht aber darauf aufmerksam, daß sich im Verlauf der Diskussion aus der Sicht der Opposition möglicherweise Strukturfragen ergeben, die den Rückgriff auf einzelne Seiten des jeweiligen Haushaltsplanes erforderlich machen. Er bittet außerdem sicherzustellen, daß Fragen, zu deren mündlicher Beantwortung sich die Ressorts außerstande sehen oder um deren Beantwortung auf dem Schriftweg nachgefragt werde, „umgehend“ schriftlich beantwortet werden. - Im Zuge einer kurzen Diskussion wird der Begriff „umgehend“ mit dem Zeitraum „8 bis maximal 14 Tage“ konkretisiert.

Punkte 2 und 3 der Tagesordnung:

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Gebäudemanagement Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1525
 - b) **Einrichtung einer Zentralen Beschaffungs- und Servicestelle (ZBS) und Erlaß einer Landesbeschaffungsordnung**
Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/696
 - c) **Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz**
Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/697
 - d) **Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Landesbauverwaltung in eine private Rechts- und Organisationsform**
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/698
-
3. a) **Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich**
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/147
(überwiesen am 14. August 1996 an den **Finanzausschuß** und den Wirtschaftsausschuß)
 - b) **Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas**
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389
(überwiesen am 26. März 1998 an den **Finanzausschuß** und den Europausschuß)
- hierzu: Drucksache 2/3767 des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Umdruck 14/2049

Der Vorsitzende des Finanzausschusses merkt an, den Fachausschüssen sei es unbenommen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Vorlagen im Zuge der Haushaltsberatungen 1999 jeweils anzusprechen. Der Finanzausschuß werde sich mit dem Thema „Gebäudemanagement“ in der Sitzung am Freitag, dem 11. September 1998, im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 05 befassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Drucksache 14/1628

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

hierzu: Umdruck 14/2231

• **Einzelplan 06**

hierzu: Umdrucke 14/2222, 14/2312, 14/2316 und 14/2317

• **Kapitel 1206**

Nach einer kurzen Einführung durch M Steinbrück in den Einzelplan 06 spricht der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, in der Aussprache zunächst die Situation bei den **schleswig-holsteinischen Werften** an. M Steinbrück erklärt, die absehbare Auftragslage der schleswig-holsteinischen Werften sei - mit einer Ausnahme - gut. Wichtig sei der Hinweis an dieser Stelle, daß über das Jahr 2000/2001 hinaus neu akquiriert werden müsse, und richtig sei in diesem Zusammenhang, daß die Landesregierung im Rahmen der 9. Tranche die Spielräume nicht ausnutze, um Bundesgelder zusätzlich zu belegen. Wie bereits bekannt, bleibe man um 15 Millionen DM unter dem, was eigentlich im Rahmen der den Ländern zugewiesenen Quote möglich wäre. Durch die mit 45 Millionen DM nicht volle Inanspruchnahme des Kontingents von 60 Millionen DM würden den kleinen und mittleren Werften in Schleswig-Holstein keine Nachteile entstehen, sondern dieser Fakt gehe einzig zu Lasten von HDW. Die übrigen Werften würden so gestellt, als hätte man 60 Millionen DM belegt.

Als Termin für die Information der finanzpolitischen Sprecher über die Aufteilung des Schlüssels im einzelnen sowie damit verbunden auch über betriebsinterne Daten schlägt M Steinbrück Mittwoch, den 9. September 1998, vor. - Der Vorsitzende, Abg. Hay, sagt eine vorherige Verständigung mit dem Wirtschaftsministerium über die Möglichkeit der Wahrnehmung dieses Termins durch die finanzpolitischen Sprecher zu.

Zahlenmaterial zum Wertschöpfungsfaktor eines Arbeitsplatzes in der Werftindustrie mit Blick auf Zulieferbetriebe wird das Wirtschaftsministerium den Ausschüssen schriftlich zur Verfügung stellen.

Auf eine Frage von Abg. Kubicki, ob die schleswig-holsteinische Landesregierung auch im Falle eines Regierungswechsels in Bonn mit der möglichen Folge, daß es dennoch bei der Bund-Länder-Quote keine Veränderung geben sollte, bei ihrer Haltung zur Wettbewerbshilfe für die schleswig-holsteinischen Werften bleiben werde, betont M Steinbrück, daß die Entscheidung der Landesregierung weder jetzt noch in Zukunft von den politischen Gegebenheiten in Bonn abhängig gemacht werden sollte. Die Landesregierung habe ihre Zahlen in den Haushaltsentwurf eingestellt. Er wolle aber an dieser Stelle durchaus darauf hinweisen - so fährt M Steinbrück fort -, daß nach dem in diesem Monat anstehenden Wahltermin eine grundsätzliche Debatte darüber geführt werden müsse, ob die Bundesrepublik Deutschland auf Dauer eigene Schiffbaukapazitäten halten wolle oder nicht und ob sie diesen eigenen Schiffbaukapazitäten zum Beispiel die gleiche Bedeutung beimesse wie dem Bereich Luft- und Raumfahrt oder Flugzeugbau. Daraus leite sich dann die weitere Frage ab, ob das Institut der Wettbewerbshilfe das richtige Mittel sei oder ob es im Zusammenwirken von Forschung und Technologie einen anderen Ansatz geben müsse. Die nächsten großen Themenkomplexe beinhalteten die Fragen, ob man weiter eine eigene Handelsflotte behalten wolle und wie sich die Bundesrepublik in den nächsten Jahren im Bereich der maritimen Technologien positionieren wolle. Solche Fragestellungen müßten so oder so nach dem Termin der Bundestagswahl intensiv erörtert werden.

Ausgelöst durch Fragen von Abg. Heinold und Abg. Schmitz-Hübsch stehen sodann das **Programm „Innovation schafft Arbeit“** und die **Technologiestiftung** im Mittelpunkt der Diskussion. M Steinbrück unterstreicht, daß dieses Programm „Innovation schafft Arbeit“ nichts mit dem Instrumentarium der Technologiestiftung zu tun habe. Die Technologiestiftung sei auf die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Hochschulen zentriert und solle dort wichtige Vorhaben auch im Sinne des Technologietransfers organisieren. Richtig sei, daß das Stiftungskapital um 15 Millionen DM reduziert werden solle; 7,5 Millionen DM davon sollten in die Haushaltskonsolidierung gesteckt werden, 7,5 Millionen DM würden dem Wirtschaftsressort zur Verfügung gestellt, und weitere 7,5 Millionen DM habe er, M Steinbrück, aus dem Einzelplan 06 selber über Umschichtungen zu erwirtschaften, um das Gesamtvolumen des auf drei Jahre angelegten Programms zu erreichen. Dafür würden auch gezielt die Mittel für den Radwegbau heruntergefahren. Wenn es jedoch tatsächlich zu Steuermehreinnahmen kommen sollte, halte er es in der Tat für richtig, den beschriebenen Schnitt bei der Technologiestiftung zu vermeiden und es bei der bisherigen Höhe des Stiftungskapitals zu belassen. Sollte dieser Fall der Steuermehreinnahmen nicht eintreten, würden aber dennoch durch die Reduzierung des Stiftungskapitals um 15 Millionen DM die operativen Möglichkeiten der Technologiestiftung nicht ausgehebelt. Über diese Reduzierung um 15 Millionen DM gingen der Technologiestiftung bei einer Verzinsung von - vorsichtig geschätzt - 6 % bis 7 % operative Mittel von rund 900.000 DM im Jahr verloren. Angesichts des Erfordernisses, dieses wichtige Programm

„Innovation schafft Arbeit“ zu finanzieren, könne er deshalb Aufregungen über die vorgeschlagene Reduzierung des Stiftungskapitals nicht verstehen.

Die Frage von Abg. Eichelberg nach dem Verhältnis der im Einzelplan 06 ausgewiesenen **Verpflichtungsermächtigungen** zu Eigenfinanzierungsmitteln - dies insbesondere ab dem Jahr 2000 - wird vom Wirtschaftsministerium schriftlich beantwortet werden.

Zum Thema **Radwegebau** begründet M Steinbrück kurz die Rückführung der Straßenbau- und Radwegebauanteile in Anbetracht der Haushaltssituation. Er unterstreicht, daß er voll und ganz hinter dem entsprechenden Kabinettsbeschluß stehe und daß es bei der mit Umdruck 14/2317 angesprochenen Maßnahme um einen Lückenschluß handle, der sich um 12 bis 18 Monate verschieben werde. Aufgrund der finanziellen Lage des Landes sei dies absolut vertretbar. Dem Aktionskreis Radweg Grödersby-Faulück sei diese Sachlage in einem Schreiben seines Hauses mitgeteilt worden.

Zum **Regionalprogramm für ländliche Räume** sagen die Vertreter des Wirtschaftsministeriums eine schriftliche Zusammenstellung und Aufschlüsselung der in der Finanzplanung sowie in den Einzelplänen 06 und 11 ausgewiesenen Mittel zu. Dies gilt ebenso für die Leertitel bei den Ansätzen 0602-TG 71 und TG 72.

Zur **Förderung des Beratungswesens** der Handwerkskammern teilt M Steinbrück auf eine Frage des Vorsitzenden, Abg. Hay, mit, daß über die Nachschiebeliste die nach dem Haushaltsentwurf vorgesehene Streichung um etwa 100.000 DM zur Rücknahme vorgeschlagen werde, so daß der alte Ansatz wieder zur Verfügung stehen werde. Diese Absicht der Landesregierung sei den Handwerkskammern auch bereits durch die Staatssekretärin des Wirtschaftsministeriums mitgeteilt worden.

Dem Informationswunsch von Abg. Schmitz-Hübsch nach einer Übersicht über die Kostenerstattungen an die **I-Bank** für die Abwicklung von Förderprogrammen aus dem Landeshaushalt und aus anderen öffentlichen Kassen wird von den Vertretern des Finanzministeriums schriftlich entsprochen werden. Auf eine Frage von Abg. Eichelberg erwidert M Steinbrück,

daß durch die Verlagerung von Aufgaben auf die I-Bank im Wirtschaftsministerium fünf Stellen eingespart worden seien, zwei Stellen davon über den Weg von kw-Vermerken.

Abschließend weist Abg. Hay darauf hin, daß Detailfragen zum Einzelplan 06 schriftlich über den Vorsitzenden des Finanzausschusses an die Landesregierung gerichtet werden könnten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Bericht der Investitionsbank 1997

Drucksache 14/1495

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den Finanzausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

b) Modernisierungsprogramm der Investitionsbank Schleswig-Holstein für historisch wertvolle Wohngebäude

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 14/2070

Die Mitglieder des Finanzausschusses folgen dem Vorschlag des Vorsitzenden, diesen Punkt aus Zeitgründen von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und ihn in Gegenwart von Vertretern der Investitionsbank am Donnerstag, dem 24. September 1998, zu behandeln.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1539

Der Vorsitzende des Finanzausschusses gibt zu überlegen, die in diesem Antrag angesprochene Thematik bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Zuge der Haushaltsberatungen anzusprechen und über den Antrag letztlich im Zusammenhang mit der Beratung der Anträge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 1999 zu befinden. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Auf eine Frage der Abg. Heinold antwortet Abg. Stritzl, daß der CDU-Fraktion - im Gegensatz zu den Koalitionsfraktionen - nicht die Möglichkeit zu Gebote stehe, zur konkreten Berechnung der finanziellen Auswirkungen des Antrages auf mehrere Ministerien zurückgreifen zu können, daß sie sich vielmehr an den Möglichkeiten des Machbaren und des Notwendigen orientieren müsse. Spätestens nach der Regierungsübernahme im Jahre 2000 werde die CDU-Fraktion die notwendigen haushaltspolitischen Prioritäten setzen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Ausführung, Finanzierung und rechtliche Grundlagen von Maßnahmen
der Immobilienverwaltungsgesellschaft der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel zur Herrichtung von Privatbetten**

Die Mitglieder des Finanzausschusses folgen dem Vorschlag des Vorsitzenden, diesen Punkt wegen anderweitiger terminlicher Verpflichtungen sowohl der Ministerin als auch des Staatssekretärs von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen und ihn am Donnerstag, dem 10. September 1998, zusammen mit dem Bildungsausschuß zu beraten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen die folgenden **Unterrichtungen** zur Kenntnis:

- Unterrichtung 14/57 - Landesdiskontsatzüberleitungsgesetz
- Unterrichtung 14/58 - Artikel 5 Haushaltsbegleitgesetz 1999
- Unterrichtung 14/59 - Finanzausgleichsgesetz
- Unterrichtung 14/61 - Versorgungsrücklage
- Unterrichtung 14/62 - Artikel 2 und 4 Haushaltsbegleitgesetz 1999

Zur Unterrichtung 14/63 - Steuerberaterversorgungswerk

Abg. Neugebauer bittet um eingehende Begründung, warum - nach den Bediensteten der Landesbank - weitere Bedienstete aus der Solidargemeinschaft entlassen werden sollen. - Der Vorsitzende schlägt vor, dieses Thema in der Finanzausschußsitzung am Freitag, dem 11. September 1998, zu vertiefen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses nehmen die folgenden **Umdrucke** zur Kenntnis:

- Umdruck 14/2149 - Schreiben des Vorsitzenden des Finanzausschusses
- Umdruck 14/2165 - Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs
- Umdruck 14/2172 - Leistungsvergleich der Polizeien SH und SL
- Umdruck 14/2185 - Inkompatibilität zwischen EU- und SH-Recht
- Umdruck 14/2222 - Aktionskreis Radweg Grödersby-Faulück
- Umdruck 14/2223 - Werfthilfeprogramm für die Zulieferindustrie
- Umdruck 14/2227 - Vorprüfungsverfahren Beschaffungswesen Klinikum CAU
- Umdruck 14/2228 - üpl und apl II/98
- Umdruck 14/2282 - Steueraufkommen im ersten Halbjahr 1998

Zu Umdruck 14/2182 - Besuch FIN und BIL auf Schloß Glücksburg

Der Vorsitzende regt an, dieses Thema in der gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuß am Donnerstag, dem 10. September 1998, anzusprechen und den Besuch auf Schloß Glücksburg dem Bildungsausschuß als dem zuständigen Fachausschuß zu überlassen.

Zu Umdruck 14/2214 - Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs - Epl 09

Abg. Heinold gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß das in der Anlage beigefügte Budgetcontrolling „nicht viel hergibt“. Der Vorsitzende bittet, die von den einzelnen Ressorts gelieferten Übersichten künftig in der Weise zu gestalten, daß eine Vergleichbarkeit gegeben sei.

Der Vorsitzende regt an, diese Vorlage in der gemeinsamen Sitzung mit dem Innen- und Rechtsausschuß am Mittwoch, dem 9. September 1998, anzusprechen.

P Dr. Korthals gibt bekannt, daß der Landesrechnungshof derartige Modellvorhaben zur Zeit prüfe.

Zu Umdruck 14/2226 - Flexibilisierung des Modellvorhabens StaLa

Der Vorsitzende regt an, diese Vorlage in der gemeinsamen Sitzung mit dem Innen- und Rechtsausschuß am Mittwoch, dem 9. September 1998, anzusprechen.

Zu Umdruck 14/2229 - Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs - MAGS

Der Finanzausschuß stimmt dem Vorschlag des Ministeriums zu, die Berichterstattung vom 31.5. und 31.10. aus Gründen der Praktikabilität auf den 31.3. und den 30.9. zu verlegen.

Der Vorsitzende regt an, diese Vorlage in der gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuß am Mittwoch, dem 9. September 1998, anzusprechen.

Zu Umdruck 14/2266 - Schreiben LRH: Prüfung der Wohlfahrtsverbände

Der Finanzausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Vorlage der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zu überweisen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Einwilligung in die Veräußerung des in Kiel, Kronshagener Weg 130 a,
belegenen bebauten Grundstücks**

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie
Drucksache 14/1637

Der Vorsitzende erinnert daran, daß sich der Finanzausschuß mit dieser Vorlage bereits im Wege der Selbstbefassung beschäftigt habe und daß der Landtag in der vergangenen Plenartagung in die Veräußerung eingewilligt habe, so daß sich eine Beratung in der heutigen Sitzung erübrige.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Veräußerung des NordwestLotto Schleswig-Holstein

Schreiben des Abg. Stritzl (CDU)

Umdruck 14/2295

hierzu: Umdruck 14/2330

M Möller knüpft an die Ausführungen in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs 1999 an und stellt erneut heraus, daß es keineswegs ein Wunschdenken der Landesregierung oder des Finanzministers sei, das NordwestLotto zu veräußern - entsprechende Beschlüsse gebe es nicht -, wohl aber stelle die Veräußerung eine Option für den Fall weiterer Einbrüche bei den Steuereinnahmen dar.

Die Antworten auf die im Verlauf der folgenden Diskussion gestellten Fragen faßt M Möller in der Vorlage vom 9. September 1998, Umdruck 14/2330, zusammen.

Die Beratungen sollen gegebenenfalls in der Sitzung des Finanzausschusses am Freitag, 11. September 1998, im Zuge der Beratung der Einzelpläne 05 und 11 fortgesetzt werden.

Abg. Heinold nimmt Bezug auf öffentliche Erklärungen ihrer Fraktion, wonach es nicht die Absicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei, das NordwestLotto zu veräußern, und zwar gerade unter dem Aspekt, daß das NordwestLotto Gewinn bringe. Sie gehe davon aus, daß M Möller die Veräußerung nur für den äußersten Notfall einplane, dann nämlich, wenn die Fortsetzung der Steuermindereinnahmen zu einer weiteren Haushaltslücke führe, nicht aber, um die Nettoneuverschuldung zu senken.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende schlägt vor, sich über einen Termin für die Beratung des dem Finanzausschuß - federführend - und dem Innen- und Rechtsausschuß überwiesenen Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung der Landeshaushaltsordnung**, Drucksache 14/1574, und des dem Innen- und Rechtsausschuß - federführend - und dem Finanzausschuß überwiesenen Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**, Drucksache 14/1643, zu verständigen.

Der Vorsitzende bittet die finanzpolitischen Sprecher, sich für die Sitzung des Finanzausschusses am Freitag, dem 11. September 1998, auf einen ersten Durchgang der Behandlung der Themen **Sanierung des Landeshauses** und **Gebäudemanagement** vorzubereiten. Die Beratung dieser beiden Themen sowie der Novellen zur Landeshaushaltsordnung und zum Finanzausgleichsgesetz sollen nach seinen Vorstellungen möglichst bis zur Behandlung der Nachschiebeliste abgeschlossen sein.

- b) Der Vorsitzende spricht das Thema **Abgeordnetensymposium** an und teilt mit, er habe den finanzpolitischen Sprechern eine Studienfahrt zur Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer vorgeschlagen und als Termin dafür den Monat März 1999 in Aussicht genommen. Er bittet umgehend um Rückmeldung.

- c) Abg. Heinold spricht Presseberichte an, wonach die **EXPO 2000** nur über zusätzliche Investitionen machbar sei, und bittet, im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 03 Auskunft über den auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil zu geben.

Abg. Neugebauer fragt nach den finanziellen Auswirkungen des absehbaren Defizits der EXPO 2000 auf den schleswig-holsteinischen Landeshaushalt und möchte außerdem wissen, in welchem Umfang sich die schleswig-holsteinische Wirtschaft an dem auf Schleswig-Holstein entfallenden Kostenanteil beteiligt habe.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

^

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer